



Beantwortung Interpellation

Menschen für Menschen, Hilfe für Flüchtlinge in der Not, die Stadt Weinfelden könnte mehr tun für Menschen in Not

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Juni 2021 reichte Claudia Bieg, SP, eine Interpellation unter dem Titel «Menschen für Menschen, Hilfe für Flüchtlinge in Not, die Stadt Weinfelden könnte mehr tun für Menschen in Not» mit folgendem Wortlaut ein:

«Die Lage in den Flüchtlingslagern in Griechenland ist weiterhin extrem schlimm. Leider sind in den Medien die Berichterstattungen in Folge Corona und anderen aktuelleren Ereignissen etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Dennoch existieren diese Lager noch immer mit vielen Tausenden von Menschen, die unter prekärsten hygienischen Bedingungen leben müssen und nun zusätzlich dem Virus schutzlos ausgeliefert sind.

Seit letzten September, nach diesem verheerenden Brand im griechischen Lager Moira, sind die 8 grössten Schweizer Städte, weitere 8 Gemeinden und zahlreiche Kirchgemeinden beim Bund vorstellig geworden und haben ihr Angebot, Flüchtlinge aufzunehmen, beim Bund erneuert. Das könnte Weinfelden auch tun und ein mutiges Zeichen setzen. Im Oktober haben zwei SP-Frauen eine Petition eingereicht, die ein Engagement der Stadt Weinfelden für die Flüchtlinge auf den griechischen Inseln gefordert haben. Der Stadtrat hat die Petition abschlägig beantwortet, unter anderem weil die Strukturen in Weinfelden nicht genügend ausgebaut sind, um Flüchtlinge aufzunehmen. Dass der Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, ist allen bewusst. Und doch kann man als Stadt etwas Druck auf den Bund ausüben, da die Situation in den Lagern durch die Pandemie noch um ein Vielfaches angespannter geworden ist. In der Rechnung 2019 wurde beim Konto 5730 Asylwesen ein Überschuss von über 360'000 Franken erzielt, auch letztes Jahr resultierten 330'000 Franken. Das Konto 5730 ist seit Jahren im positiven Bereich (2017: 87'000 / 2018: 51'000 Fr.)

Ich bitte den Stadtrat die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist die Stadt Weinfelden gewillt die Aufnahme von Flüchtlingen (insbesondere UMAs) beim Bund zu melden?
2. Falls der Wille da ist: Welche Infrastrukturen fehlen für eine Aufnahme?
3. In welcher Zeit können sie aufgebaut werden?»

Der Stadtrat nimmt zu diesen Fragen wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen

Die Beantwortung der Petition «Menschen für Menschen» durch den Stadtrat erfolgte am 24. November 2020. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Bund für das Flüchtlingsthema zuständig ist und die Verantwortung für das Handeln der Schweiz trägt. Zudem wurde erwähnt, dass es mit der Aufnahme, beziehungsweise der Unterbringung der Flüchtlinge nicht getan ist. Es benötigt auch eine entsprechende Betreuung der Geflüchteten. Diese Strukturen bestehen in Weinfelden nicht im erforderlichen Mass und müssten erst aufgebaut werden.



Fragebeantwortung

1. Ist die Stadt Weinfelden gewillt die Aufnahme von Flüchtlingen (insbesondere UMAs) beim Bund zu melden?

Der Stadtrat ist weiterhin bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Wie in der Beantwortung der Petition erwähnt, verzichtet der Stadtrat aber darauf, den Bundesrat zur Aufnahme von Flüchtlingen aufzufordern.

Was die Situation der UMAs anbelangt, wurde im Kanton Thurgau festgelegt, dass nicht mehr die Gemeinden, sondern der Kanton zentral für die UMAs verantwortlich zeichnet und so auch eine gute Infrastruktur aufbauen kann.

2. Falls der Wille da ist: Welche Infrastrukturen fehlen für eine Aufnahme?

Die Stadt Weinfelden bekommt nach einem Verteilschlüssel vom Bund Flüchtlinge zugeteilt. Für die Betreuung der zurzeit 12 Asylsuchenden und Vorläufig Aufgenommenen besteht eine entsprechende Infrastruktur, welche in den letzten Jahren aufgebaut wurde und bedarfsgerecht angepasst wird.

3. In welcher Zeit können sie aufgebaut werden?

Es kann bezüglich Aufbau der Infrastruktur keine Zeitspanne definiert werden, da es sich um etwas Dynamisches handelt. Zudem bestehen verschiedene Bedürfnisse der unterschiedlichen Menschen. Im 4. Quartal 2021 wird ausserdem die Zuständigkeit für die Betreuung von 24 Flüchtlingen von der Peregrinastiftung an die Stadt Weinfelden übertragen. Die Integration der Flüchtlinge bleibt Aufgabe des Kantons.

Weinfelden, 16. November 2021

STADTRAT WEINFELDEN

Der Stadtpräsident: Max Vögeli

Der Stadtschreiber: Reto Marty

Beilage:
Beantwortung Petition Menschen für Menschen





Beilage: Wortlaut Beantwortung Petition vom 24. November 2020

Petition Menschen für Menschen - Weinfelden für Menschen

Beantwortung des Stadtrats

Wir nehmen Bezug auf Ihre Petition mit dem Titel «Menschen für Menschen – Weinfelden für Menschen» die am 21. Oktober 2020 bei der Stadtkanzlei eingereicht wurde. In der Petition wird ein Engagement der Stadt zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln gefordert.

Die Missstände in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln sind gravierend und schon seit längerer Zeit bekannt. Gemäss Angaben des Bundes leistet die Schweiz humanitäre Hilfe vor Ort und wird auch weiterhin unbegleitete Minderjährige aufnehmen. Zudem wird eine Reform des Dublin-Systems angestrebt, damit geflüchtete Personen schnell wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden können.

Das Thema Flüchtlinge ist äusserst komplex und schwierig. In der Schweiz ist der Bund für das Thema zuständig und trägt die Verantwortung für das Handeln der Schweiz. Für die direkte Aufnahme von Flüchtlingen durch Städte und Gemeinden gibt es keine rechtliche Grundlage. Selbstverständlich ist die Stadt Weinfelden dazu bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, welche von Bund, beziehungsweise Kanton zugeteilt werden. Diesbezüglich ist es aber wichtig zu erwähnen, dass es mit der Aufnahme, beziehungsweise der Unterbringung von Flüchtlingen nicht getan ist. Es benötigt auch eine entsprechende Betreuung der Geflüchteten. Diese Strukturen bestehen in Weinfelden nicht im erforderlichen Mass und müssten erst aufgebaut werden.

Der Stadtrat ist wie die anderen Städte und Gemeinden bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Er verzichtet aber darauf, den Bundesrat zur Aufnahme von Flüchtlingen aufzufordern. Der Stadtrat geht davon aus, dass der Bundesrat, beziehungsweise die Bundesverwaltung überlegt handelt und sich dafür einsetzt, dass die Hilfe der Schweiz möglichst zielgerichtet und nachhaltig erfolgt.

